

Samstag, 20. Januar 2018, Erdinger Anzeiger / Lokalteil

VERHÄLTNIS VON LANDWIRTSCHAFT UND MEDIEN

## Ein schwieriger Dialog

VON KLAUS KUHN



Spannende Debatte: Redaktionsleiter Hans Moritz diskutierte mit den Landwirten, darunter BBV-Kreisobmann Jakob Maier und Ortsobmann Michael Eberl (v. l.), foto: klk

Landwirte sehen sich in den Medien oft nicht gut dargestellt. Aktuelles Beispiel ist das Thema Glyphosat. Wie der Dialog zwischen Presse und Bauern funktionieren kann, das diskutierten Landwirte zusammen mit dem Redaktionsleiter unserer Zeitung.

Grucking – Unter dem Druck bestimmter Parteien und Organisationen sieht sich die konventionell betriebene Landwirtschaft in der Defensive. Warum wird die Landwirtschaft in den Medien oft so negativ dargestellt? Diese Frage stellten die BBV-Ortsverbände Fraunberg, Reichenkirchen und Maria Thalheim bei einer intensiven Diskussionsrunde mit Hans Moritz, Redaktionsleiter des Erdinger/Dorfener Anzeiger.

Es gab einen aktuellen Anlass: Glyphosat (siehe Kasten). Daran kamen die Diskussionsteilnehmer nicht vorbei. Aber es zieht schon die nächste dunkle Wolke am Landwirtschafts-Himmel auf: Die Schweinepest droht, und da sind gewisse Erinnerungen Moritz' mindestens genauso finster: Bei BSE hätten die Medien teilweise versagt und Betriebe kaputt geschrieben, gab er zu: „Sowas darf sich nicht wiederholen.“

Ob es aber, sollte eine solche Katastrophe über die Schweinemastbetriebe hereinbrechen, gelinge, sich dem medialen „Herdentrieb“ zu entziehen, musste Moritz in Zweifel ziehen. Es gebe eben nicht nur die örtlich

dominierende Tageszeitung. „Wenn alle darüber berichten, wenn im Kreis was vorfällt, und wir tun das nicht, dann verlieren wir an Glaubwürdigkeit.“

Die rund 20 Vertreter des Bayerischen Bauernverbandes, die der Einladung gefolgt waren und sich teilweise energisch an der vom Reichenkirchener Ortsobmann Michael Eberl geleiteten Diskussion beteiligten, gaben Fehler zu. Vor allem den, oftmals nicht offensiv und selbstbewusst genug aufzutreten und zu informieren. Eberl: „Wir produzieren Lebensmittel so gut wie noch nie, und wir werden geschimpft wie noch nie.“ Ausgleichszahlungen bezeichnete er als Subventionen für die Lebensmittel, denn würde es diese nicht geben, wären die Lebensmittel im Supermarkt ganz sicher teurer.

Ein Ergebnis der Debatte: Die örtliche Tageszeitung kann ihre Stärke dann ausspielen, wenn sie mit den Betroffenen im Gespräch bleibt, Hintergründe erfährt, Sachinformationen einbringen kann. Schnittstelle wäre Kreisobmann Jakob Maier aus Niederding, der deutlich machte, zum Dialog mit den Medien entschlossen zu sein.

Nach der über zweistündigen Diskussion sprachen beide Seiten sogar von einer „Win-Win-Situation“. Ihr Fazit: Die Landwirte müssen deutlicher machen, dass es ohne sie einfach nichts zu essen gibt. Sie haben darum Grund zu mehr Selbstbewusstsein. Und die Medienvertreter müssten lernen, dass sie eben keine Landwirtschafts-Experten sind.

Samstag, 20. Januar 2018, Erdinger Anzeiger / Lokalteil

## Glyphosat: Was den Bauern gewaltig stinkt

Glyphosat ist nur der Anlass einer neuen Debatte über die Landwirtschaft. Die bei vielen populäre Unterscheidung zwischen den „guten“ Ökobauern und den „bösen“ konventionellen Landwirten wird wieder aufgewärmt. Das stinkt den Mitgliedern des Bayerischen Bauernverbands gewaltig. Aber sie haben den Appell von EA/DA-Redaktionsleiter Hans Moritz wohl verstanden und warteten mit einem ganzen Bündel Informationen zum Einsatz des umstrittenen Mittels auf. Dieses sei, betonten gleich mehrere Bauern, letztlich nur die „Feuerwehr“, aber die brauche man eben. Ortsobmann Michael Eberl verwies auf Überschriften wie „Giftige Pestizid-Debatte“ auch in unserer Zeitung und hielt dagegen: „Pflanzenschutzmittel mit Totenkopf drauf habe ich seit Jahren nicht mehr in den Händen gehabt. Wir werden als Umwelt- und Menschenvergifter hingestellt. Das finde ich nicht richtig.“ Die Deutsche Bahn AG setze, so Kreisobmann Jakob Maier, deutlich mehr von dem Mittel ein als die Landwirte. 80 Prozent des deutschlandweit eingesetzten Mittels kämen an den Gleisen zur Entkrautung zum Einsatz. Martin Hintermaier aus Harham wurde noch deutlicher: Glyphosat sei in Bayern bei der kleinräumiger strukturierten Landwirtschaft gar nicht so sehr das Thema wie in anderen Teilen Deutschlands. Sein Satz „Uns täte das gar nicht so weh“ über ein mögliches Glyphosat-Verbot blieb ohne Widerspruch. Glyphosat ist ein Mittel, das die Photosynthese hemmt und damit die Pflanze zum Absterben bringt. Das Mittel ist zunächst einmal für weitere fünf Jahre zugelassen. Maier: „Chemische Alternativen zu Glyphosat gibt es bis jetzt nicht. Um eine ähnliche Wirkung zu erzielen, müssten Landwirte auf Wirkstoffmischungen zurückgreifen. Durch das engere Wirkungsspektrum steigt das Risiko von Resistenzen.“ klk

## Beide Seiten betrachten

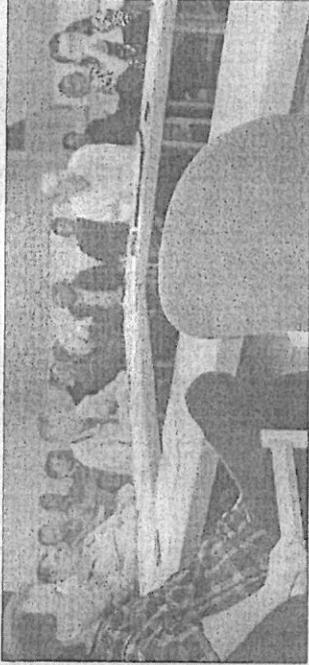
Gemeinderat diskutiert Verbot von Glyphosat – Entscheidung vorerst vertagt

Von Sylvia Stadler

**Langenpreising.** Ein Thema, das derzeit „sehr heiß gekocht wird“, beschäftigte in der ersten Sitzung des neuen Jahres auch den Gemeinderat: Glyphosat. Gemeinderat Dr. Helmut Empl hatte mit seinem Antrag auf „Verbot der Glyphosatnutzung auf gemeindlichen Pachtflächen“ die Thematik auf die Tagesordnung gebracht und mitunter auch dafür gesorgt, dass der Sitzungssaal mit weiteren Besucher-sitzplätzen bestückt werden musste.

Die bisherigen landwirtschaftlichen Pachtverträge beinhalten die Auflage, dass kein Klärschlamm auf die gepachteten Flächen aufgetragen werden darf. Wie der Antragsteller ausführte, sollte die Gemeinde mit ihren Flächen richtig umgehen, der Natur wieder mehr Raum geben und im Hinblick auf den Natur- und Umweltschutz daher „ein Zeichen setzen“.

Der BBV-Ortsobmann, Johann Braun, erläuterte dann zunächst den Glyphosat-Einsatz in der Landwirtschaft. Die Zulassung des Herbizids, das seit 1974 auf dem Markt ist, wurde unlängst um weitere fünf Jahre verlängert. Wie Braun ausführte, darf das Präparat in



Mit seinem Antrag hatte Gemeinderat Dr. Helmut Empl (l.) für einen regelrechten Besucheransturm im Sitzungssaal gesorgt. (Fotos: sy)



BBV-Ortsobmann Braun zum Glyphosatsatz in der Landwirtschaft.

der landwirtschaftlichen Nutzung, nicht aber auf Hofflächen, eingesetzt werden. „Da gibt es strenge Vorschriften, die auch kontrolliert werden.“ Der Ortsobmann bezeichnete Glyphosat als die „Feuerwehr“, wenn andere Mittel nicht mehr ausreichen. Er versicherte, „dass die Landwirte gesetzestreu arbeiten – auch im Hinblick auf den Naturschutz.“ Der Druck auf landwirtschaftliche Flächen sei schon jetzt enorm, ein Verbot würde dies noch verschärfen, sagte Braun. Der Ortsobmann plädierte daher dafür, keine weitere Reglementierung auszusprechen.

Für Gemeinderat Maximilian

Grundstücke attraktiv machen.“ Die Ratsmitglieder betrachteten den Vorschlag als guten Kompromiss und betonten, dass der Antrag keinesfalls als Konfrontation gegenüber den Landwirten gedacht war: „Wir wollen eine Win-Win-Situation“, war der Tenor der Ratsmitglieder.

Eine Entscheidung soll erst in der nächsten Sitzung getroffen werden. Zur besseren Entscheidungsfindung erhalten die Gemeinderäte bis dahin detaillierte Einzelheiten, unter anderem über die Größe beziehungsweise Art und Form der Nutzung, Pachtpreise und dergleichen mehr.

## Zu spät reagiert: FahrerIn verletzt

**Wartenberg.** Am Dienstag gegen 9:40 Uhr hat der Fahrer eines VW Golf, der auf der Strogenstraße unterwegs war, zu spät bemerkt, dass ein vorausfahrender Hyundai, dessen FahrerIn auf Höhe des Rewe-Marktes nach links abbiegen wollte, Verkehrsbedingt halten musste. Der Golf prallte deshalb auf das Heck des haltenden Hyundai. Dabei zog sich die FahrerIn Verletzungen im Nackenbereich zu. Der Golffahrer und eine MitfahrerIn im Hyundai bleiben unverletzt, der entstandene Sachschaden beläuft sich laut Polizei auf 2000 Euro.

## Behinderungen in der Taufkirchener Straße

**Erding.** Zu Verkehrsbehinderungen kann es während der gesamten kommenden Woche in der Taufkirchener Straße kommen, weil Mitarbeiter des städtischen Bauhofs in dieser Zeit die massive Bepflanzung entlang der Straße beschneiden. Das teilt die Stadtverwaltung Erding mit. Die Arbeiten erfolgen demnach auf einer Gesamtlänge von rund 700 Metern. In wechsellänglichen Teilschnitten wird die Straße halbseitig gesperrt und der Verkehr mithilfe einer mobilen Ampel geregelt.

## Nach der Landung klicken die Handschellen

Bundespolizisten verhaften in Japan untergetauchten Augsburgers

**Flughafen.** In Deutschland wegen gefährlicher Körperverletzung gesucht, hatte er sich vor vier Jahren ins Ausland abgesetzt und war offensichtlich in Japan untergetaucht. Jetzt haben ihn die Behörden dort aufgespürt und ihn über Polen zurück nach Deutschland geschickt.

Er hatte sich im Oktober 2013 in das asiatische Land abgesetzt. Jetzt haben die dortigen Behörden den Mann offensichtlich bei einer Kontrolle erwischt und seinen offenbar unerlaubten Aufenthalt beendet. Der Deutsche musste in sein Heimatland zurückkehren.

Am 11. Januar gegen 6 Uhr ist der 23-jährige Fahrer eines Dacia auf der Zentralallee des Flughafens in Fahrtrichtung München nach rechts von der Fahrbahn abgekommen. Nachdem der Wagen den Seitenstreifen und einige Meter Wiese passiert hatte, prallte er gegen eine aus mehreren gläsernen Stelen beste-

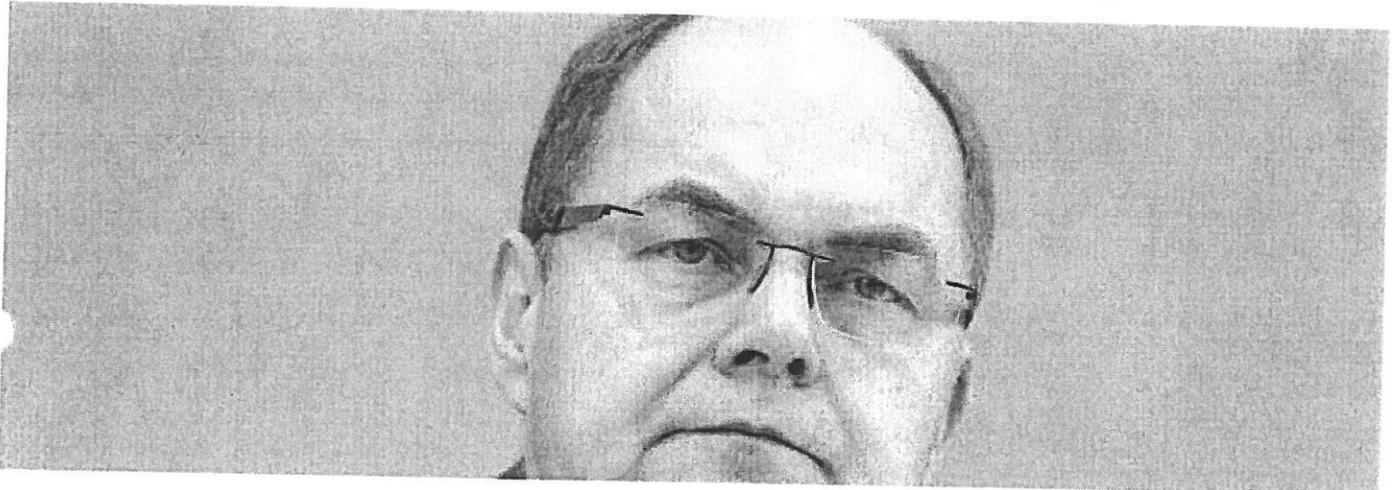
Flughafenpolizei

„Omstadt“ verursacht

agrarheute Wochenblatt Politik Glyphosat - Aktuelle Stunde Im Bundestag

Reaktionen auf EU-Beschluss

## Glyphosat - aktuelle Stunde im Bundestag



Als Hauptperson des Tages zeigte sich Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt erstaunlich zurückhaltend. # 1  
in: agrarheute.de

von Ulrich Graf, Bayerisches Landwirtschaftliches Wochenblatt, am Mittwoch, 13.12.2017 - 09:42 Uhr

**Welche Konsequenzen ergeben sich aus der weiteren Zulassung von Glyphosat durch die EU?  
Darüber beriet gestern der deutsche Bundestag.**

Das Ja von Landwirtschaftsminister Christian Schmidt hat ihn zum Buhmann bei SPD, Grünen und Linken gemacht. Sie wollen nun auf nationaler Ebene die Verwendung des Totalherbizids weitgehend einschränken. Im Bundestag legten sie dazu gestern eigene Anträge vor. Zusätzlich gab es einen Antrag der FDP, der sich für einen "Nationalen Aktionsplan zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln" aussprach.

Während die Union die weitere Zulassung verteidigte, gab es von SPD und Oppositionsparteien in der Bundestagssitzung heftige Kritik.

## **SPD will Ausstieg**

Die SPD-Fraktion fordert den nationalen Ausstieg aus der Anwendung von glyphosathaltigen Pflanzenschutzmitteln. In einem Antrag (19/232) verlangen die Abgeordneten von der Bundesregierung, die Anwendung von Totalherbiziden durch Privatpersonen sowie generell in Haus- und Kleingärten, auf öffentlichen Flächen und innerhalb geschlossener Ortschaften sofort zu verbieten.

Ebenfalls sofort untersagt werden soll die Vorernteanwendung, die sogenannten Sikkation, mit glyphosathaltigen Pflanzenschutzmitteln.

Das bereits im Pflanzenschutzgesetz bestehende grundsätzliche Verbot der Verwendung von Pflanzenschutzmitteln auf befestigten Flächen wie Plätze, Wege und Straßen soll konsequent umgesetzt werden, indem bestehende Ausnahmemöglichkeiten eingeschränkt werden. Darüber hinaus sollen Förderprogramme für einen nachhaltigen Pflanzenbau aufgelegt werden, mit dem Ziel, die in der Landwirtschaft eingesetzten Mengen chemischer Pflanzenschutzmittel zu reduzieren.

## **FDP will Zulassung auf wissenschaftlicher Basis**

Die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln muss nach Ansicht der FDP-Fraktion weiterhin zum Schutz von Natur und Umwelt, Mensch und Tier ausschließlich auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse erfolgen. Deshalb fordern die Abgeordneten in einem Antrag zum Umgang mit dem Herbizid-Wirkstoff Glyphosat (19/216), dass die Bundesregierung den "Nationalen Aktionsplan zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln ungeachtet der Versuche weltanschaulicher Einflussnahme unter der Maßgabe von Sachlichkeit, Rationalität und Fachlichkeit" umsetzen soll.

Das Verfahren zur weiteren Zulassung auf nationaler Ebene von Glyphosat als Inhalt von Pflanzenschutzmitteln müsse auf Grundlage der Expertise der zuständigen Zulassungs- und Bewertungsbehörden streng wissenschaftsgeleitet betrieben werden. Einher geht damit die Forderung, dass die Zulassungsverfahren für Pflanzenschutzmittel in Deutschland transparenter gestaltet werden sollen.

## **Linke fordert Verbot**

Glyphosathaltige Pflanzenschutzmittel in Deutschland verbieten will die Fraktion Die Linke. In einem entsprechenden Antrag (19/226) drängen die Abgeordneten die Bundesregierung "Sofortmaßnahmen zu veranlassen, um direkte und indirekte, kurz-, mittel- sowie langfristige gesundheitliche und ökologische Gefahren und Risiken für Mensch und Tier" auszuschließen.

Darüber hinaus soll ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, der glyphosathaltige Pflanzenschutzmittel unverzüglich nach Inkrafttreten auf nationaler Ebene verbietet. Die Linksfraktion setzt auf die Erforschung von Alternativen zur Anwendung von Glyphosat mit dem Ziel, die erreichten Fortschritte bei bodenschützenden und -erosionsvermeidenden Anbauverfahren wie bei der Direktsaat, dem Zwischenfruchtanbau oder durch Untersaaten auch bei Verbot dieses Wirkstoffs zu erhalten und voranzubringen.

## Grüne fordern Ende von Glyphosat

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert zum Schutz der Artenvielfalt, der Wahrung des Vorsorgeprinzips und im Schulterschluss mit Frankreich den Ausstieg aus der Anwendung von Glyphosat. Stattdessen soll ein Ausstiegsplan mit umweltverträglichen Alternativen erarbeitet werden.

Die Abgeordneten legen der Bundesregierung dazu einen Antrag (19/230) vor, der den Einsatz von Glyphosat für den privaten Gebrauch und auf öffentlichen Flächen sofort untersagt und größtmögliche Anwendungsbeschränkungen für landwirtschaftliche Bereiche erwirken soll. Ziel der Grünen ist es, den Glyphosateinsatz sofort zu reduzieren und Glyphosat schnellstmöglich nicht mehr einzusetzen.

Glyphosat

Christian Schmidt

Glyphosatzulassung

# Noch einmal fünf Jahre für Glyphosat

Deutschland stimmt überraschend für Wiederzulassung, Streit um Schmidt

Brüssel/Berlin/München Am Montag haben sie die 28 EU-Staaten auf eine Wiederzulassung von Glyphosat für fünf Jahre geeinigt. 18 Staaten stimmten im zuständigen Berufungsausschuss dafür, 9 – darunter Österreich, Frankreich und Italien – dagegen. Portugal enthielt sich. Die Zulassungsverlängerung erfolgt unter diversen Auflagen zum Schutz der Artenvielfalt. Frankreich und Italien kündigten an, den Glyphosateinsatz auf ihren Staatsgebieten trotzdem innerhalb von drei Jahren verbieten zu wollen.

Die Mehrheit war trotzdem denkbar knapp: Für eine qualifizierte Mehrheit müssen die zustimmenden Länder mindestens 65 % der europäischen Bevölkerung auf sich vereinen. Dies gelang auch: Aber nur mit einem Anteil von 65,7 %. Entscheidend für die Mehrheit waren zwei Faktoren: Sechs EU-Länder die als Glyphosat-Befürworter gelten und eigentlich eine längere Wiederzulassung fordern, wechselten in ihrer Position von Enthaltung zu Zustimmung. Außerdem schwenkte Deutschland, das sich mit Verweis auf den Streit in der Regierungskoalition bislang immer enthalten hatte, ins Lager der Befürworter.

Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt erklärte dazu am Dienstag: „Ich habe eine Entscheidung für mich getroffen und in meiner Ressortverantwortung.“ Die Zustimmung Deutschlands habe zudem wichtige Verbesserungen für die Tier- und Pflanzenwelt gebracht. Die EU-Kommission hätte auch ohne qualifizierte Mehrheit für eine Wiederzulassung gestimmt, dann aber ohne die zusätzlichen Artenschutzauflagen. National würden zusätzliche Maßnahmen „im Sinne einer restriktiven Anwendung“ ergriffen werden.

Bundesumweltministerin Barbara Hendricks tobte trotzdem. Sie habe Schmidt noch am Montag signalisiert, dass Sie bei ihrem „Nein“ zu einer Wiederzulassung bleibe. Aufgrund der Geschäftsordnung der Bundesregierung hätte Deutschland sich damit weiter enthalten müssen.

Ebenso heftig reagierte SPD-Fraktionschefin Andrea Nahles. Sie kritisierte einen „massiven Vertrauensbruch“ in der geschäftsführenden Bundesregierung und sprach von einer schweren Belastung für die Gespräche über eine mögliche Regierungsbildung. Es sei unklar, ob Bundeskanzlerin Angela Merkel „ihre eigenen Leute noch im Griff hat“. Sie forderte Klarheit, ob die Entscheidung mit Merksels Wissen passiert sei.

SPD-Chef Martin Schulz ging sogar noch weiter. Am Mittwoch nannte er Schmidts Alleingang „skanda-



lös“. Er forderte von einer neuen Bundesregierung, den Glyphosateinsatz im Lande möglichst zu verbieten.

## Kritik aber fachlicher Rückhalt von Merkel

Die Kanzlerin reagierte umgehend: Schmidt habe ohne ihre Weisung einer Wiederzulassung von Glyphosat zugestimmt. So ein Verhalten dürfe sich nicht wiederholen. Auf Forderungen nach einer Entlassung Schmidts reagierte Merkel jedoch nicht. Sie stellte vielmehr klar, dass sie in der Sache auf Seiten des Ministers stehe.

Rückendeckung erhielt Schmidt von der CSU. Der Süddeutschen Zeitung sagte Parteichef Horst Seehofer: „Die CSU spricht Christian Schmidt ihre Rückendeckung aus“. Aus bayerischen Regierungskreisen hieß es laut Medienberichten, dass Seehofer angeblich vor Schmidts Entscheidung informiert gewesen sei.

Das Bundeslandwirtschafts-

Entscheidend in der Glyphosat-Debatte war der Auftritt Angela Merksels beim Deutschen Bauernntag 2017. Damals versprach sie eine Wiederzulassung. Ob und wie weit Merkel die Finger jetzt im Spiel hatte ist allerdings unklar.

nisterium weist unterdessen darauf hin, dass Hendricks im April 2016 einer Wiederzulassung für zehn Jahre unter Berücksichtigung von Artenschutzauflagen zugestimmt hatte. Im Mai habe sie den Kompromiss einseitig aufgekündigt. Als Begründung wurde angeführt, dass „wir nicht zweifelsfrei wissen, ob Glyphosat für die Gesundheit unbedenklich ist.“

Hendricks ließ am Dienstag ihrerseits erklären, Minister Schmidt habe den Versuch unternommen, sich bei ihr zu entschuldigen. Wörtlich sagte sie: „Ich will auch nicht auf Dauer eine Entschuldigung zurückweisen. Aber ich habe ihm gesagt, dass man so blöd eigentlich nicht sein könnte.“ Die Ministerin forderte von Merkel eine nicht näher definierte „vertrauensbildende Maßnahme“. In einem Interview mit dem Deutschlandfunk verlangte sie eine Verschiebung der Verantwortung für die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln vom Landwirtschafts- zum Gesundheitsministerium.

Kritik an der Wiederzulassung kam mit unterschiedlichen Begründungen auch von verschiedenen Organisationen. Die Herstellervereinigung „Arbeitsgemeinschaft Glyphosat“ erklärte, eine Wiederzulassung für fünf Jahre ignoriere vollständig die wissenschaftliche Datenlage und die Empfehlungen der zuständigen Zulassungsbehörden der EU.

Ein Bündnis aus BUND Naturschutz in Bayern, der Kampagnenorganisation campact und dem Umweltinstitut München protestierten am Mittwoch vor der CSU-Parteizentrale. Sie kritisierten, Schmidt stelle sich gegen Umwelt- und Verbraucherschutzinteressen sowie eine Mehrheit von über 80% der deutschen Bürgerinnen und Bürger.

## BBV für sachliche und ehrliche Debatte

Der Bayerische Bauernverband forderte eine „sachliche und ehrliche Debatte“ auf Basis wissenschaftlicher Grundsätze. Das sei beim Wirkstoff, angesichts der „von Emotionen geleiteten und Umweltaktivisten immer aufs Neue befeuerten Debatte“ nicht mehr möglich gewesen. Um die „Hängepartie in Brüssel“ zu beenden, sei eine rechtssichere Entscheidung notwendig gewesen.

BBV-Präsident Walter Heidl sagte: „Ein Teil der Wahrheit ist, dass es sich bei Glyphosat um ein Totalherbizid handelt. Doch genau diese Wirkungsweise hat auf dem Acker einen nur sehr schmalen Einsatzbereich zur Folge – zumindest in Deutschland und Bayern.“ Der Glyphosateinsatz hierzulande erfolge in der Regel nur, um vor der Saat konkurrierende Unkräuter in den Griff zu bekommen. Dadurch könne auf eine tiefere Bodenbearbeitung verzichtet werden, was Vorteile bei Erosions- und Bodenschutz sowie Energieverbrauch mit sich brächte.

SMB

## Aus der Landespolitik

### Glyphosat: Freie Wähler für sofortigen Ausstieg

Man stelle sich vor es ist Parteitag und der frisch gewählte Vorsitzende will einen Beschluss seiner Delegierten am liebsten gleich wieder in der Versenkung verschwinden lassen. So ist es vor zwei Wochen FW-Chef Hubert Aiwanger ergangen. Die FW haben auf ihrer Bundesversammlung in Geiselwind einstimmig einen Antrag verabschiedet, der das sofortige Ende der Glyphosat-Zulassung zum Ziel hatte. Das bestätigte ein Sprecher dem *Wochenblatt*. „Solange mögliche Gesundheitsschäden nicht ausgeräumt sind, setzen wir auf ein Verbot. Wir hätten begrüßt, wenn die Zulassung nicht

verlängert worden wäre“, erklärte der Parteisprecher auf Nachfrage. Der Beschluss bereitet dem Landwirt Aiwanger Bauchschmerzen, so dass er am liebsten gar nicht darüber gesprochen hätte. Das Votum hat die FW vergangenen Mittwoch bei einer Debatte von Dringlichkeitsanträgen im Landtag zu einem gewissen Spagat gezwungen.

SPD und Grüne forderten nach der Zustimmung Deutschlands für die Glyphosat-Zulassung die Staatsregierung auf, sich auf Bundesebene für ein nationales Verbot einzusetzen. Die CSU lehnt das ab. Die FW stimmten mit der Opposition und forderten außerdem in einem eige-

nen Antrag ein „zeitnahes Verbot deutlich vor der Fünfjahresfrist“ – also irgendwas dazwischen.

Der Einsatz von Glyphosat ist für Aiwanger auf Dauer nicht zu halten. „Das ist auch der Massenanwendung geschuldet, weil 40 Prozent der deutschen Ackerflächen damit behandelt werden und Rückstände in Lebensmitteln und Gewässern auftauchen.“ Ginge es nach ihm, sollte der Einsatz in Nischen weiter möglich sein. Seine Delegierten sehen das offenbar anders. „Der Druck ist so groß, das wird auf Dauer nicht mehr akzeptiert werden“, so Aiwanger. Bei der Debatte meldete er sich nicht zu Wort. AK

Home > Wissen > Umwelt und Energie > Die Neuzulassung von Glyphosat ist richtig

28. November 2017, 19:32 Uhr Landwirtschaft

## Die Neuzulassung von Glyphosat ist richtig



Umstrittenes Pflanzenschutzmittel EU lässt Glyphosat weiter zu

(Video: dpa-rufa , Foto:dpa )

**So absurd es klingen mag: Wer eine für Mensch und Umwelt verträglichere Landwirtschaft will, muss die Entscheidung für den Unkrautvernichter begrüßen.**

*Kommentar von Kathrin Zinkant*

Feedback

Es geht in der Politik um Macht, selten um die Wahrheit. Um das zu erkennen, braucht man Niklas Luhmann nicht. Doch was man in dieser Woche in Berlin und Brüssel erlebt, ist trotzdem schwer zu begreifen. Seit Jahren wird dort um Glyphosat gestritten - um Krebsgefahren, um ein Verbot. Entscheidungen wurden verschoben, Kampagnen geführt, Abstimmungen sabotiert, entblößende E-Mails entblößt, Studien diffamiert, mal zu Recht, meist zu Unrecht. Und plötzlich, mit einem Handstreich des Noch-Agrarministers, ist es vorbei. Zurück bleiben fassungslose Verbraucher. Es wird jetzt nur noch schwer zu vermitteln sein, dass die Neuzulassung von Glyphosat sachlich richtig und geboten war.

Denn ja, Glyphosat ist ein Gift und die Erfinderfirma Monsanto keine Non-Profit-Organisation. Dem Konzern geht es darum, seine Aktionäre zufriedenzustellen, es muss Geld fließen. Sehr offensichtlich hat das Unternehmen deshalb versucht, Einfluss zu nehmen - auf Expertisen, auf wissenschaftliche Veröffentlichungen, auf politische Entscheidungen. Nicht zuerst in Europa, wo Glyphosat für das Unternehmen eine geringe Rolle spielt,

Roundup wächst.

### Das Pestizid erhöht das Krebsrisiko für den Menschen bei sachgemäßem Gebrauch nicht

Es gibt Gerüchte, dass das Unternehmen erneut versuchen will, mit Glyphosat-resistenten Gentech-Pflanzen den europäischen Markt zu erobern. Das gilt es um jeden Preis zu verhindern, es wäre verheerender für die Umwelt, als es der massive Einsatz von Herbiziden wie Glyphosat ohnehin schon ist.



#### Fragen und Antworten zum Streit um Glyphosat

Warum widersprechen sich die Expertengremien beim Thema Glyphosat? Und wie wirkt das Mittel? Von Hanno Charisius und Kathrin Zinkant mehr ...

Wahr ist aber auch: Die Versuche von Monsanto, Einfluss zu nehmen, belegen noch keine Schädlichkeit von Glyphosat für den Menschen. So wie das Gift in Europa derzeit verwendet wird, ist es zuerst ein Umweltproblem. Das ist zu oft vergessen worden im Gezeter um die Krebsgefahr. Zwar wird niemand je beweisen können, dass Glyphosat in keiner Dosierung Krebs provoziert. Solche absoluten Wahrheiten kann selbst die Wissenschaft nicht liefern, so vehement es mit dem Verweis auf das Vorsorgeprinzip auch gefordert wird.

Aber Wissenschaft sucht Wahrheit, sie nähert sich ihr, soweit es geht. Und was sie nach mehr als tausend Studien zu Glyphosat sicher sagen kann, ist: Das am besten untersuchte Pestizid der Welt erhöht das Krebsrisiko für den Menschen bei sachgemäßem Gebrauch nicht. Es war diese Feststellung, mit der die Scheindebatte um Krebs oder Nicht-Krebs vor zwei Jahren schon hätte enden und einer konstruktiven Auseinandersetzung über die Zukunft der Landwirtschaft in Europa hätte weichen müssen.

Um diese Zukunft nämlich geht es. Eine für Mensch und Umwelt verträglichere Landwirtschaft soll her, darin sind sich selbst die meisten Politiker einig. Doch die Idee, ein Verbot von Glyphosat werde diese Landwirtschaft mit einem Schlag erschaffen, war und bleibt naiv. Das ökologisch zweifelhafte, artenfeindliche Agrarsystem unserer Zeit ist nicht auf einem Gift gebaut, sondern auf intensiver Landnutzung, massiver Düngepraxis und dem breitem Einsatz verschiedener Herbizide, Insektizide, Fungizide, von denen Glyphosat nur eines ist.

Es gibt mehr als 250 zugelassene Wirkstoffe im sogenannten Pflanzenschutz, die fast durchweg schlechter untersucht und potenziell gefährlicher sind als Glyphosat, zudem weniger wirksam und teurer. Wäre Glyphosat entgegen der wissenschaftlichen Expertise verboten worden, hätten diese anderen Substanzen das gewaltige Loch stopfen müssen, das der Symbolstoff plötzlich hinterlassen und das die Landwirte existenziell bedroht hätte. Es wären Mixturen nötig geworden, deren Effekte erst recht keiner kennt. Und dann? Insgesamt wäre alles beim Alten geblieben. Bloß noch giftiger.

So schwer es deshalb wohl zu vermitteln ist und so groß der Affront sein mag, den sich Agrarminister Schmidt mit seinem Alleingang geleistet hat: Die Neuzulassung von Glyphosat ist absurderweise der erste Schritt Richtung

Rolle, die man nicht ignorieren dürfe - aber zielgerichtet reduzieren müsse; nach und nach, damit praktikable Alternativen entwickelt werden können.

Es geht um einen bewussten Abschied nicht nur von Glyphosat, sondern vom mit Chemie überfrachteten Ackerbau, den niemand mehr will - hin zu einer pestizidarmen, nachhaltigen Landwirtschaft, zu einem sorgfältigen Umgang mit den Ressourcen der Natur.

Das ist keine kleine Aufgabe. Wenn die Machtverhältnisse in Berlin geklärt sind, muss die kommende Regierung sie angehen. Der Weg dafür ist jetzt frei.

## Wie bewerten Sie die verlängerte Glyphosat-Zulassung?

POSITIV

NEGATIV

Info



### Glyphosat wird zum Vertrauensvernichter

Wussten die Kanzlerin und CSU-Chef Seehofer, was der Landwirtschaftsminister plante? Von der Frage, ob Christian Schmidt im Alleingang das Glyphosat-Ja beschloss, hängt viel ab.

*Kommentar von Nico Fried mehr...*

zur Startseite

Diskussion zu diesem Artikel auf: [Rivva](#)

Themen in diesem Artikel: [Glyphosat](#) [Christian Schmidt](#) [Pestizide](#) [Umwelt und Energie](#) [EU](#) [Landwirtschaft](#)

©SZ vom 29.11.2017/fehu

### Mehr zum Thema



Landwirtschaft  
**Die Politik versagt beim  
Tier- und Umweltschutz**

Pflanzengift

VERLAGSANGEBOTE

### SZ stellenmarkt

Ingenieur-, Naturwissenschaftler/in

DLR Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt  
e.V., 50667 Köln

Home > [Wirtschaft](#) > [Glyphosat](#) > Unkrautvernichter - Fragen und Antworten zum Streit um Glyphosat

28. November 2017, 16:38 Uhr Unkrautvernichter

## Fragen und Antworten zum Streit um Glyphosat



Glyphosat tötet alle Pflanzen. Deswegen wird es meist vor der Aussaat versprüht, damit die Nutzpflanzen dann auf den Äckern ungehindert von Unkraut wachsen können. (Foto: Karl-Josef Hildenbrand/dpa, Montage: SZ)

**Warum widersprechen sich die Expertengremien beim Thema Glyphosat? Und wie wirkt das Mittel?**

Von Hanno Charisius und *Kathrin Zinkant*

**Was ist Glyphosat und wie wirkt es?**

### Feedback

Glyphosat ist eine Chemikalie, die recht wahllos Pflanzen tötet, indem sie ein Enzym blockiert. Das Gift wird nur über die Blätter aufgenommen und deshalb vor der Aussaat auf den Äckern versprüht, um Unkraut zu vernichten. Der Bauer spart sich das Pflügen, die Bodenerosion wird vermindert. Glyphosat kann auch kurz vor der Ernte als Reifebeschleuniger eingesetzt werden. Meistens kommt es als Gemisch in den Handel, oft werden Netzmittel hinzugefügt, um die Haftung auf den Blättern zu verbessern. Das Mittel "Roundup" von Monsanto ist so ein Mix. Es gibt gentechnisch veränderte Pflanzen, die eine Glyphosatdusche problemlos aushalten. Sie können jederzeit gespritzt werden. In der EU spielen solche "Roundup ready"-Pflanzen aber derzeit keine Rolle.

**Ein Gremium der Weltgesundheitsbehörde WHO hat im Frühjahr 2016 seine Risikoeinschätzung aktualisiert. Fazit des "Joint Meeting for Pesticide Residues": Kein Krebsrisiko für Menschen durch das Herbizid im Essen. Im März des Vorjahres hingegen hatten Krebsforscher der WHO das Herbizid**

## noch als "wahrscheinlich krebserregend im Menschen" eingestuft. Warum hat die WHO ihr Urteil zu Glyphosat geändert?

Das ist ein Missverständnis. Die WHO hat ihr Urteil nicht geändert. Es gibt vielmehr zwei Urteile zu zwei Fragestellungen, für die auch zwei getrennte Expertenteams von der WHO beauftragt wurden. Die Internationale Krebsforschungsagentur (IARC) beurteilt Stoffe nach ihrem grundsätzlichen Gefahrenpotenzial. Sie sagt zum Beispiel: Rotes Fleisch ist "wahrscheinlich krebserregend". Sie geht aber nicht auf das Risiko ein, mit dem ein Verbraucher konkret zu rechnen hat, wenn er Fleisch isst. Etwa: Ist ein Steak pro Woche riskant - oder eins pro Tag? So ist es auch bei Glyphosat. Die IARC sagt, das Herbizid sei wahrscheinlich krebserregend, und das Joint Meeting for Pesticide Residues (JMPR) schätzt das Risiko für realistische Konzentrationen ein, denen die Menschen etwa durch Rückstände in der Nahrung ausgesetzt sind.

### Gefahr, Risiko - wo ist der Unterschied?

Gefahren sind etwas Allgemeines. Bergsteigen ist gefährlich, auch eine Straße kann sehr gefährlich sein. Welches Risiko man auf einer Straße eingeht und ob man besser darauf verzichtet, sie zu überqueren, ist damit aber nicht gesagt. Risikoeinschätzungen erfordern einen Bezug zu den Umständen, also zum Tempo und der Zahl der fahrenden Autos auf der Straße. Genauso ist es mit Glyphosat. Wie rotes Fleisch hat es laut Einschätzung der IARC wahrscheinlich die Fähigkeit, Krebs auszulösen. Unter welchen Umständen das passiert, wie hoch also das Risiko ist, steht auf einem anderen Blatt. Dafür ist vor allem die Dosis zu beachten. Aus wissenschaftlichen Daten lassen sich Grenzwerte ableiten, die einen sicheren Umgang mit einer Substanz ermöglichen. Das zuletzt oft kritisierte Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) hat übrigens deutlich strengere Grenzwerte vorgeschlagen als jetzt das JMPR.

### Ist Glyphosat also gar nicht ungesund?

Glyphosat bleibt ein Gift. Die Mengen, die man in verschiedenen Getränken wie Bier oder Wein gefunden hat, erhöhen aber nicht das Krebsrisiko. Auch die bislang im Urin von Menschen gefundenen Mengen deuten nicht auf eine Bedrohung hin. Darin sind sich die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (Efsa), das BfR in Berlin und eben das JMPR der WHO einig. Eine "widerstreitende wissenschaftliche Bewertung", wie das Umweltministerium noch am Dienstag erklärte, gibt es genauso wenig wie einen "Dissens" innerhalb der WHO, wie Heike Moldenhauer vom BUND behauptet.

**Seite 1 Fragen und Antworten zum Streit um Glyphosat**

**Seite 2 Umweltschäden und Alternativen**

**Alles auf einer Seite**

Diskussion zu diesem Artikel auf: [Rivva](#)

Themen in diesem Artikel: [Krebs](#) [Thema des Tages](#) [Glyphosat](#)

\*SZ vom 18.05.2016/fehu

### Mehr zum Thema



Umstrittenes  
Pflanzenschutzmittel  
**EU lässt Glyphosat weiter zu**

Glyphosat  
**Nur noch für Profis**

VERLAGSANGEBOTE

## SZ Stellenmarkt

**Research Data Analyst (m/f) Proteomics**

Deutsches Krebsforschungszentrum (DKFZ), 69120 Heidelberg, 69120 Heidelberg

**Engineer (w/m) - Production/Order Processing (HT)**

CureVac AG, 72076 Tübingen, 72072 Tübingen

Erding

## ÖDP fordert: Kein Glyphosat

### Kreisfraktion will im Kreistag über den Einsatz abstimmen lassen

Erding – Die Kreisfraktion der ÖDP hat in einem offenen Brief an Landrat Martin Bayerstorfer einen glyphosatfreien Landkreis gefordert. Christina Treffler, Fraktionssprecherin der ÖDP im Erdinger Kreistag, bittet Bayerstorfer einen entsprechenden Antrag auf die Tagesordnung zu nehmen: „1. Auf landkreiseigenen Flächen wird auf den Einsatz von glyphosathaltigen Spritzmitteln verzichtet. 2. Der Landkreis setzt sich dafür ein dass die Gemeinden auf ihren Flächen ebenfalls auf den Einsatz von Glyphosat verzichten. 3. Auch wird darauf hingewirkt, dass auf privaten und kirchlichen Flächen, insbesondere in Hausgärten, Vorplätzen, Stellflächen, Friedhöfen, Sportanlagen etc., kein Glyphosat zum Einsatz kommt. Das Gleiche gilt für die Flächen der Betreiber von Bahnstrecken im Landkreis Erding.“

Weiter heißt es in dem Antrag: „ Auf landwirtschaftlichen Flächen soll der Einsatz von Glyphosat weiter reduziert werden. Vom Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sollen Landwirte über alternative Bewirtschaftungsmethoden intensiv informiert und beraten werden.“

Glyphosat sei ein Wirkstoff, dessen Verwendung „erhebliche Risiken für die menschliche Gesundheit und unsere Umwelt mit sich bringt“, heißt es in der Begründung. Und weiter: „Der Landkreis Erding geht deshalb mit diesem Beschluss auf seinem Gebiet mit gutem Beispiel voran. Er berücksichtigt, dass auf entsprechendes Handeln von Kommunen, Privateigentümern und Betreibern von Bahnstrecken nur hingewirkt werden kann, solange es kein gesetzliches Verbot von Glyphosat gibt. Im landwirtschaftlichen Bereich wird auf eine intensive Information und Beratung gesetzt.“ SZ

Quelle: Süddeutsche Zeitung, Mittwoch, den 20. September 2017, Seite 11

## WISSENSCHAFT

Nachrichten &gt; Wissenschaft &gt; Natur &gt; Glyphosat &gt; Glyphosat und Krebs: Vergiftete Debatte

## Glyphosat und Krebs

# Vergiftete Debatte

In einer Gemengelage aus Krebs-Angst, widersprüchlichen Gutachten und erodiertem Vertrauen stimmt die EU darüber ab, ob das Pestizid Glyphosat weiter eingesetzt werden darf. Dabei klammert die Diskussion wichtige Aspekte aus.



Von Nina Weber ▼



Auf einem Acker wird gespritzt

Getty Images



Teilen



Twittern



E-Mail



Dienstag, 24.10.2017 16:25 Uhr

Drucken Nutzungsrechte Feedback Kommentieren

Die EU ringt um das Pflanzenschutzmittel Glyphosat. Eine Abstimmung der Mitgliedstaaten ist für Mittwoch geplant, die Bundesregierung will sich offenbar enthalten. Während diverse Behörden wissenschaftliche Gutachten erstellt und Politiker debattiert haben, haben viele Bürger längst eine gefestigte Meinung.

Die beiden Varianten:

- Glyphosat sollte verboten werden.
- Glyphosat sollte weiter zugelassen sein. (Eventuell mit strengerer Regulierung).

Bestenfalls basieren Meinungen auf Fakten. Doch so einfach es in der Glyphosat-Debatte mit der Meinung ist, so komplex wird es mit Blick auf die Fakten. Es gibt eine Reihe von Gründen dafür, dass die Debatte so vertrackt ist.

### 1. Es fehlt Transparenz

Es ist erstaunlich, wenn nicht gar besorgniserregend, was die Nachrichtenagentur Reuters vergangene Woche [meldete](#). Es geht um den Bericht einer renommierten Institution, der internationalen Krebsforschungsagentur IARC. Sie kam im März 2015 zum Schluss, dass Glyphosat "wahrscheinlich krebserregend" beim Menschen ist.

Damit steht die IARC-Bewertung im Gegensatz zu Einschätzungen mehrerer Behörden, darunter das Deutsche Institut für Risikobewertung (BfR) und die [Europäische Chemikalienagentur](#) (Echa), die den Stoff bei sachgemäßer Verwendung als nicht krebserregend eingestuft haben.

Reuters hat den Entwurf eines IARC-Kapitels (gut zehn Seiten von insgesamt 92) vorliegen und ihn mit der 2015 veröffentlichten Variante verglichen. Demnach gab es zehn erhebliche Änderungen, und sie gingen alle in dieselbe Richtung: Immer wurden aus negativen Aussagen bezüglich des Krebsrisikos ("nicht krebserregend") neutrale oder sogar positive.

Beispielsweise änderten sich die Einschätzungen, Glyphosat sei laut bestimmter Studien nicht krebserregend bei Sprague-Dawley-Ratten, Wistar-Ratten und CD-1-Mäusen zur Formulierung, dass die jeweilige Studie nicht bewertet werden könne. Zwei weitere Maus-Studien waren ursprünglich zum Ergebnis gekommen, dass es keinen Zusammenhang zwischen Glyphosat und Krebs gibt - die IARC bewertete sie anders: als Beleg für ein gesteigertes Krebsrisiko.

16 Teilnehmer des IARC-Expertengremiums, die Reuters kontaktierte, antworteten nicht auf die Fragen der Journalisten oder meinten lediglich, sie könnten dazu nichts sagen. Wer, wann und warum änderte - man weiß es nicht. Die IARC weist darauf hin, dass Entwürfe vertraulich seien und Wissenschaftler sich nicht genötigt sehen sollten, ihre Abwägungen außerhalb des Gremiums zu diskutieren. Und sie [weist die Vorwürfe zurück](#).

Schon länger fordern etwa Grünen-Politiker wie Renate Künast mehr Transparenz bei der Glyphosat-Bewertung. Verwendete Gutachten und Daten müssten öffentlich zugänglich sein, sagen sie. Die Grünen kritisieren indes nicht die IARC, sondern das BfR, das [ihrer Aussage zufolge](#) "von Monsanto abgeschrieben hat". Ein Vorwurf, [den die Behörde zurückweist](#).

Mehr Transparenz könnte den Eindruck entkräften, dass bei den Bewertungen gemauschelt wird. Sie wäre aber kein Allheilmittel. Denn die Materie ist zu komplex, als dass sich jeder aufgrund der rohen Daten - selbst wenn er sie einsehen dürfte - ein Bild machen könnte.

Beispielsweise bewerteten die Gutachter nicht dieselben Studien, weil sie zum Teil Glyphosat als Substanz (BfR, Echa), zum Teil das fertige Monsanto-Pestizid Roundup (IARC), das noch andere Stoffe enthält, im Fokus hatten.

Wem soll man also vertrauen, wenn wissenschaftliche Einschätzungen voneinander abweichen?

### Die Streitfrage: Ist Glyphosat krebserregend oder nicht?

**Glyphosat ist wahrscheinlich krebserregend beim Menschen**

Internationale Agentur für Krebsforschung (IARC) im Juli 2015

**krebserregende Gefahr von Glyphosat für den Menschen ist unwahrscheinlich, wenn es bestimmungsgemäß verwendet wird**

EU-Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA)

## 2. Interessenskonflikte und Lobbyismus untergraben das Vertrauen

Wer Glyphosat sagt, muss auch Monsanto sagen - so scheint es. Zwar stellen auch andere Firmen das Herbizid her. Monsanto aber hat zusätzlich gentechnisch verändertes Getreide im Angebot, das unempfindlich gegen Glyphosat ist. Das ist zwar in Deutschland nicht zugelassen, wird aber zum Beispiel in den USA großflächig angebaut. Auch aus diesem Grund wird Monsanto ständig erwähnt, wenn es um Glyphosat geht.

Es ist völlig unzweifelhaft, dass Monsanto Lobbyisten hat, um auf politische Entscheider einzuwirken. Noch mehr: [Interne Mails des Unternehmens](#) legen nahe, dass Monsanto auch Forscher finanziert hat, ohne dass diese den Geldfluss offenlegten. Das wäre ein ungehöriger Vorgang, den Monsanto allerdings bestreitet.

Doch auch auf der Seite der Glyphosat-Gegner existieren Interessenkonflikte. Christopher Portier etwa war als Spezialist zur IARC-Bewertung geladen. Er veranlasste Ende 2015 [einen offenen Brief](#) "unabhängiger akademischer und behördlicher Wissenschaftler" an den EU-Gesundheitskommissar Vytenis Andriukaitis, in dem die Glyphosat-Bewertung des BfR scharf kritisiert wurde. Was Portier nicht erwähnte: Er erhielt als Sachverständiger Geld von US-Anwälten - mindestens 160.000 Dollar -, die Monsanto im Auftrag potenzieller Glyphosat-Opfer verklagen. Portier legte diesen Interessenkonflikt erst später offen.

## 3. Krebsangst ist Trumpf

In der öffentlichen Debatte steht die Frage ganz oben, ob Glyphosat nun Krebs auslöst oder nicht. Dass Menschen Angst vor Krebs haben, ist verständlich. Tumoren zählen zu den häufigsten Todesursachen in Deutschland. Organisationen nutzen diese Furcht. Untersuchungen, laut denen die möglicherweise schädliche Substanz in winzigsten Mengen in Bier, Milch, Brötchen oder Eiscreme nachgewiesen wurde, stoßen auf riesiges Interesse.

Da ist es zweitrangig, dass die gemessenen Mengen so gering sind, dass das BfR nur immer wieder entwarnen kann. Oder dass jeder Deutsche, der über 15 Jahre alt ist, im Schnitt jährlich elf Liter reinen Alkohol trinkt: eine von der IARC als "sicher krebserregend" eingestufte Substanz. Plötzlich wird eine nur mit modernsten Methoden überhaupt aufspürbare Minimenge Glyphosat im Bier als gefährlicher dargestellt als der enthaltene Alkohol.

Dabei kommt Glyphosat nicht ins Bier, sondern auf den Acker. Was ein Verbot dort verändern würde, darüber wird meist nur am Rande diskutiert.



Getty Images

## 4. Landwirtschaft ganz "ohne Gift" gibt es nicht

Glyphosat ist in der öffentlichen Wahrnehmung zum Stellvertreter geworden für die konventionelle Landwirtschaft an sich. Auf fast 40 Prozent der konventionell

bestellten Äcker in Deutschland kommt Glyphosat zum Einsatz. Gegner bezeichnen das Pestizid gern als "Ackergift" - und es stimmt ja auch: Wo Glyphosat gespritzt wird, wächst erst einmal nichts mehr. Die Substanz tötet Grünpflanzen. Doch erfüllt sich durch ein Verbot der Traum einer Landwirtschaft "ohne Gift"?

Es gibt mehrere Möglichkeiten für die Landwirte im Falle eines Verbots:

- Wieder mehr zu pflügen, was jedoch dem Boden und darin lebenden Organismen schadet.
- Eine Mischung anderer Herbizide gegen Unkräuter zu spritzen, deren Wirkung auf die Umwelt problematischer sein könnte als die von Glyphosat.
- Auf Biolandbau umsteigen und entsprechende Ertragseinbußen hinnehmen.

Glyphosat-Gegner hoffen sicher auf die letztgenannte Alternative, aber konventionelle Landwirte nennen als Erstes ein Umsteigen auf andere Herbizide.

Es ist daher unklar, ob ein Glyphosat-Verbot der Umwelt nutzen oder ihr unterm Strich sogar schaden würde. Eine Landwirtschaft ganz ohne Gift funktioniert nicht, weil Bauern die angebauten Kulturpflanzen vor Schädlingen und Konkurrenten schützen müssen. Auch Biolandwirte setzen dafür zum Teil problematische Stoffe ein.

In Zeiten, in denen die Artenvielfalt nicht nur in Deutschland schwindet, sich hierzulande ein großes Insektensterben vollzieht, muss man auch die Rolle der Landwirtschaft thematisieren. Und diese so umweltschonend und effizient wie möglich gestalten. Doch das lässt sich nicht an der Glyphosat-Frage allein klären.

*Mit Material von Reuters und AFP*

 [Zur Startseite](#)

Diesen Artikel...

[Drucken](#) [Feedback](#) [Nutzungsrechte](#)

